

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Er scheint

wöchentlich drei Mal und zwar  
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-  
abend. Insertionspreis: die  
kleinformatige Zeile 12 Pf. Im  
amtlichen Teile die gespaltene  
Zeile 30 Pf.

### Abonnement

viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl.  
des „Illustr. Unterhaltungsbl.“  
u. der Humor. Beilage „Seifen-  
blasen“ in der Expedition, bei  
unsern Boten sowie bei allen  
Reichspostanstalten.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

50. Jahrgang.

N 51.

Donnerstag, den 30. April

1903.

Im Handelsregister des königlichen Amtsgerichts Eibenstock ist heute auf Blatt 267 die Firma **Theodor Fiedler in Eibenstock** und als deren Inhaber der Kaufmann **Ernst Theodor Fiedler** in Eibenstock eingetragen worden.

Angegebener Geschäftszweig: **Stickerfabrikation.**

Eibenstock, am 28. April 1903.

### Königliches Amtsgericht.

#### Zuchtgenossenschaft betreffend.

Wir weisen hierdurch erneut darauf hin, daß zum Bedecken von Stühen und Kalben, welche den Mitgliedern der hiesigen Zuchtgenossenschaft gehören, **nur die angeforderten Genossenschaftsbullen verwendet werden dürfen.**

Das Bedecken der Kinder durch andere als Genossenschaftsbullen ist strafbar und werden wir künftig sowohl gegen die **Bullenhalter**, als auch gegen die **Viehhalter**, welche obiger Vorschrift zuwiderhandeln, mit Geldstrafe von 10 bis zu 50 Mark vorgehen.

Der Stadtrat.

Hesse.

Müller.

#### Arbeiterzählung betreffend.

Die alljährlich vorzunehmende Zählung der Fabrikarbeiter hat in diesem Jahre am **1. Mai**

zu erfolgen. Alle Gewerbetreibenden und Unternehmer hier, denen Zählungsformulare zugestellt worden sind, werden deshalb aufgefordert, die Formulare bis zum

**6. Mai dieses Jahres**

vorschriftsmäßig ausgefüllt und **reintlich** an Katsstelle — Polizeiektion — wieder abzugeben.

Stadtrat Eibenstock, am 25. April 1903.

Hesse.

Lpm.

#### Ein 8 jähriges Mädchen

haben wir in Familienpflege zu geben. Angebote sind bis zum **6. Mai 1903** in unserer Polizeiektion anzubringen bez. einzureichen.

Stadtrat Eibenstock, am 28. April 1903.

Hesse.

Lpm.

#### Deutschfeindliche Treibereien.

Die Fortschritte, die das deutsche Reich durch die Ueberlegenheit seiner Kultur und seine von aufrichtiger Friedensliebe getragene Politik gemacht hat, erregen in steigendem Maße den Neid unserer Feinde. Die Folge ist, daß sich die deutschfeindlichen Treibereien in auffälliger Weise vermehren. Zur Zeit arbeitet gegen Deutschland eine wohlorganisierte internationale Gesellschaft, die von London über Paris, Brüssel, Prag bis Petersburg reicht und neuerdings ihre Verbindungen bis nach New-York und Washington ausgedehnt hat. Auf diese Gesellschaft sind fast alle in den Blättern auftauchenden deutschfeindlichen Nachrichten zurückzuführen.

Der Hauptstich der Gesellschaft ist, wie gesagt, London. Es sind namentlich die „Times“ und die „National Review“, die sich in der deutschfeindlichen Bewegung hervortun und in der Erfindung der unwahrscheinlichsten deutschen Eroberungspläne und Kriegsziele geradezu Unglaubliches leisten. Bald wird an die Adresse der Holländer und Belgier eine „selbstlose Warnung“ vor der „deutschen Raubgier“ gerichtet, die vor Verlangen brennt, die Niederlande zu annektieren. Dann wieder heißt es, das deutsche Reich gebe seine Besten durch Landwerbungen im Orient und in Kleinasien „abzurufen“, und was der Habeln für politische Kinder mehr sind. Im Zusammenhang hiermit wird dann weiter mit Vorliebe behauptet, die deutsche Politik habe es sich zum Ziele gesetzt, die staatliche Auflösung Oesterreich-Ungarns nach Kräften zu fördern, um sich dadurch den Weg nach dem Mittelmeer und dem Orient zu ebnen. Obwohl gerade die deutschfeindliche Legende über Oesterreich eine ungewöhnliche Verständnislosigkeit für das wirkliche Verhältnis Deutschlands zu der habsburgischen Monarchie voraussetzt, findet sie doch im Auslande nur zu bereitwillig Glauben.

In Petersburg sorgen die „Nowoje Wremja“ und der panslawistische „Swet“ für deutschfeindliche Meldungen. Das Bemühen dieser Klique ist darauf gerichtet, zwischen England und Deutschland, sowie zwischen Deutschland und den übrigen Dreieinmächten Zwietracht zu säen und in Rußland das Gefühl zu erzeugen, als wolle Deutschland im Geheimen gegen Rußland. Gleichzeitig will man die Engländer glauben machen, Deutschland verfolge ihnen schädliche Zwecke, denen sie nur durch engern Anschluß an Rußland und Frankreich zu entgehen vermöchten. In Amerika arbeitet die sogenannte gelbe Presse für die Zwecke der deutschfeindlichen Gesellschaft. Die von ihr während des Konflikts mit Venezuela der deutschen Politik angedichteten finsternen Pläne, Landokkupation in Südamerika u., sind noch in aller Erinnerung.

Den deutschfeindlichen Treibereien gegenüber ist es nützlich, auf die Ziele unserer Politik hinzuweisen. Nur so kann die von unsern Feinden geübte Brunnen-Vergiftung ihre Wirkung einbüßen und die Ehrlichkeit der deutschen Politik schließlich die ihr gebührende Anerkennung finden. In Europa hat Deutschland keinen andern Ehrgeiz, als auf der Grundlage seines gegenwärtigen Bestandes sich den Frieden so lange zu sichern, wie irgend möglich ist. In allen Verwicklungen der letzten Jahre hat es, wie jetzt bei den Wirren in den Balkan-Ländern, seinen Einfluß zur Erhaltung des Weltfriedens geltend gemacht; wo, wie in Südafrika, der Krieg Tatsache wurde, die strengste Neutralität aufrechterhalten; in den chinesischen Angelegenheiten dafür gesorgt, daß die Grenze des Notwendigen nicht überschritten wurde; in dem aus Anlaß des Tientsiner Eisenbahnstreites drohenden englisch-russischen Konflikt zum Frieden vermittelt; in Oesterreich-Ungarn, im Streit der Parteien und Nationen auf die Notwendigkeit der Verständigung und des Kompromisses hingewiesen und alles getan, um die Dynastie in ihrer Stellung zu fördern und zu stützen.

An keiner Stelle ist der Versuch gemacht worden, in das innere Parteeleben der Nachbarn einzugreifen. Wir sind in unsern Grenzgebieten geblieben und haben nach außen hin nur ein doppeltes Ziel zu verfolgen: den Ausbau unserer Kolonien und die Behauptung des Grundgesetzes der offenen Tür, d. h. des Wettbewerbes zu gleichem Recht, wo immer neue Gebiete sich dem

Handel der Kulturvölker erschließen. Dieses politische Programm aber ist mit den berechtigten Interessen aller Mächte vereinbar.

#### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der Kaiser ist am Montag morgen aus Thüringen wieder in Berlin eingetroffen. Am Mittwoch abend wird der Kaiser zur Vermählung des Großherzogs von Sachsen-Weimar mit Prinzessin Karoline von Neuchâtel in Weimar eintreffen, und am Donnerstag vor 11 Uhr abends nach Berlin wieder zurückreisen.

— Berlin, 28. April. Wie die „Preuß. Corr.“ zu wissen glaubt, verzichtet der Reichsfiskus darauf, die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes im Bundesrat einzubringen, da wenig Aussicht für Annahme der Vorlage vorhanden sei.

— Der Reichstag hat sich in diesen Tagen hauptsächlich mit der Krankenversicherungs-Novelle beschäftigt. In erster Linie kam dabei die Artztfrage zur Sprache. Allseitig wurde anerkannt, wie die Ärzte durch die Krankenkassen in eine schlimme, unhaltbare Lage gekommen sind, allerdings aber auch auf die Ueberfüllung des ärztlichen Standes hingewiesen. Bezüglich der Frage der Kassenärzte ist von der Kommission eine Resolution vorgeschlagen, die anregt, bei der endgültigen Regelung des Krankenversicherungswesens ständige Kommissionen von Kassenvorständen, Ärzten und Apothekern zu schaffen und alle Ärzte, die sich den Ordnungen und Tagen dieser Kommissionen unterwerfen, als Kassenärzte zuzulassen. Die Debatte zum § 26a bezog sich im wesentlichen auf diesen Vorschlag, der von allen Seiten gebilligt wurde. Mehr als fünf Stunden die Sozialdemokraten den reichlich begründeten Beschwerden und Wünschen gegenüber. Der Paragraph wurde unverändert angenommen.

— Im Reichstage wird die Session, wie nunmehr bestimmt feststeht, am Donnerstag abend geschlossen werden.

— Die einflussreichste „Partei“ bei den Wahlen ist die „Partei“ derer, die von der Urne fernzubleiben pflegen. Bei den Reichstagswahlen von 1898 haben von den 11 441 094 Wahlberechtigten nur 68,00 Prozent ihr Wahlrecht ausgeübt. Zieht man neben den 7 752 693 gültigen noch 34 021 ungültige Stimmen in Betracht, so sind nicht weniger als 3 654 380 Wähler am 16. Juni 1898 der Wahlurne ferngeblieben. Diese saumfälligen Wähler, so schreibt die freisinnige „Königsberger Hartungische Zeitung“, diese Partei der Parteilosen, ist in Wirklichkeit die größte Partei in Deutschland. Sie verfügte 1898 über mehr Anhänger als die Sozialdemokratie und das Zentrum zusammengekommen. Hätten diese, rund ein Drittel der Gesamtwahlerschaft repräsentierenden Männer durch Ausübung ihres Wahlrechts ihren Einfluß vor fünf Jahren geltend gemacht, so würde der Reichstag ein ganz anderes Gesicht bekommen haben. Jedenfalls würde dann die Sozialdemokratie nicht die zweitgrößte Partei im Reichstage geworden sein. Die Hauptaufgabe bei den bevorstehenden Wahlen ist daher, die Säumigen heranzuziehen und ihr staatsbürgerliches Gewissen zu schärfen. Wer sich der schweren Verantwortung bewußt ist, die er auf sich läßt, wenn er — zu Gunsten der Sozialdemokratie! — der Wahlurne fernbleibt, der wird sich hoffentlich hüten, diesmal seine Wahlpflicht zu mißachten.

— Oesterreich-Ungarn. Zu Ehren des Königs Georg von Sachsen, der seit Montag als Gast Kaiser Franz Joseph in Wien weilte, fand am Montag abend in der Hofburg ein Galadinner statt. In den Reden, die bei diesem Anlaß die Monarchen wechselten, wurde in warmen Worten der engen Freundschaftsbeziehungen gedacht, die zwischen den beiden Herrscherhäusern bestehen; es klang in ihnen die Herzlichkeit nach, welche das Verhältnis zwischen dem Kaiser von Oesterreich und dem verstorbenen König Albert kennzeichnete.

— Vom Balkan. Die „Kölnische Zeitung“ veröffentlicht eine eingehende Darstellung der bei der Pforte herrschenden Stimmung, der zufolge die Lage sehr ernst ist. Die Mächte seien entschlossen, den Armanen ihre Gewalt fühlen zu lassen. Falls hierfür der Arm der Türkei nicht ausreichte, werde man

die anderen arbeiten lassen, wobei zunächst Rußland, sowie Oesterreich in Betracht kämen als diejenigen Mächte, die in der Reformfrage die Führung übernommen haben. In den einflussreichen Fremdenkreisen würden bereits diejenigen Schritte erwogen, die nötigenfalls zur Erzwingung des Willens der Mächte geschehen müßten. Es sei einleuchtend, daß sich aus dem Einschreiten Europas ein Krieg gegen die Türkei entwickeln könne, dessen Ergebnis noch folgenreicher für die Türkei sein würde, als wenn sie einem anderen Ordnung in ihrem Hause machen läßt.

— Italien. Der König von England ist, von Neapel kommend, am Montag nachmittag in Rom eingetroffen und am Bahnhof vom König empfangen worden. Ferner waren zur Begrüßung am Bahnhof erschienen der Herzog von Aosta, der Graf von Turin, der Herzog der Abruzzen und der Herzog von Genua.

— Spanien. Bei den Wahlen für die Cortes haben die Republikaner bedeutende Vorteile errungen. U. a. haben sie auch die Hauptstadt Madrid erobert.

— China. Der „Kölnischen Volkszeitung“ wird aus Schantung gemeldet: In der Provinz Kiangnaen gewinnt eine den Boxern ähnliche neue Sekte ungeheure Ausbreitung. Derorts gehören 80 Prozent der Bevölkerung dieser Sekte an, darunter zahlreiche Militärpersonen sowie Unterbeamte der Tribunale. Der Gewährungsmann des Blattes versichert, es sei ein umfangreicher Mässenaufstand zu erwarten. Unter Zauberformeln werden junge kampftüchtige Leute angeworben, die sich an geheimen Zeichen erkennen. Dabei treiben die Mandarinen ihre bekannte Vogel-Strauß-Politik und werden schließlich durch die Wucht der Gefahr gegen die Fremden zu richten. Jedenfalls habe man es mit einer sehr gefährlichen Revolutionsbewegung zu tun, die den gesamten Südwesten Chinas bedrohe.

#### Locale und sächsische Nachrichten.

— Eibenstock. Der Ernst der Reichstagswahl beginnt sich zu zeigen. Der Kandidat der Ordnungsparteien Herr Fabrikbesitzer Rehwoldt in Leipzig, welcher sich die schwere Arbeit vorgenommen hat, nicht nur in den Städten und den größeren Landgemeinden, sondern auch in kleineren Orten des Wahlkreises sich seinen Wählern vorzustellen, hat am Sonnabend seine Wahlreise begonnen. Schwer ist die Arbeit, weil ein Kandidat der Ordnungsparteien allein im ganzen Kreise sprechen muß, während es den Sozialdemokraten gleichgültig ist, ob ihr Kandidat oder ein anderer Agitator ihrer Partei spricht. — Ueber die Wählerversammlung in Carlsefeld ist in der letzten Nummer dieses Blattes bereits berichtet worden. Am Sonntag waren in Hundshäbel und Stüßengrün, am Montag in Sosa Wählerversammlungen angelegt. Durch örtliche Verhältnisse bedingt, die wegen der Kürze der Zeit nicht abgeändert werden konnten, war die Versammlung in Stüßengrün wenig zahlreich besucht. Dagegen hatte sich in Sosa eine große Anzahl von Wählern eingefunden. In beiden Orten hatte Herr Kandidat Rehwoldt, wie nicht anders zu erwarten war, mit seinen Ausführungen reichen Beifall gefunden. Herr Rehwoldt ist nicht nur Kandidat um zu kandidieren, sondern ein solcher, der es in seinem bereits vorgezeichneten Alter sich zur Ehre anrechnen würde, Vertreter im Reichstage zu sein, ausgerüstet mit so reichen Lebens- und Geschäftserfahrungen, tiefem Gemüt, weitgehendem Verständnis für Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft, für Bedürfnisse des Arbeitgebers und Arbeitnehmers, der Beamten usw., daß dies bei seinen Vorträgen ohne Weiteres einleuchtet. Leicht ist es daher, wenn die Arbeiter in blinder Parteiliebe sich seinen Ausführungen verschließen. — Wenn über Stüßengrün und Sosa Erfreuliches zu berichten ist, so ist dies nicht der Fall über die Versammlung in Hundshäbel. Die Anhänger der Sozialdemokratie bildeten die Mehrheit der anwesenden Wähler und obwohl die Einladung zur Versammlung von dem Wahlausschuß der Ordnungsparteien an die Wähler der Ordnungsparteien ergangen war, so beanspruchten die Sozialdemokraten in ihrem bekannten Terrorismus doch die Leitung der Versammlung, sich auf den Boden des Gesetzes stellend, durch einen ihrer Vertreter. Falsch ist die